



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

C.2 REV

Präsidiumssitzung Nr. 654
Termin 14/11/2017
Betrifft Politische Prioritäten des EWSA für 2018
ZUR BESCHLUSSFASSUNG

Der EWSA möchte einen wichtigen Beitrag zur **Debatte über die Zukunft Europas** leisten und legt dabei den Schwerpunkt seiner Aktivitäten, Stellungnahmen und Veröffentlichungen auf die **Bürgerinnen und Bürger**. Er wird seiner Rolle als „Brücke zwischen der Europäischen Union und der Zivilgesellschaft“ voll und ganz gerecht werden und Aktivitäten **in den Mitgliedstaaten** entfalten. Dabei stützt er sich auf seine **Vernetzung mit den nationalen und europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft** und fördert systematisch den **zivilen und sozialen Dialog**. Er verfolgt einen anderen als den „institutionellen“ Ansatz, d. h. er hat ein „**offenes Ohr**“ für die **konkrete Realität** der Bürger und Unternehmen und ihre Erwartungen. 2018 ist das letzte vollständige Jahr der aktuellen Mandatsperiode des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Dies wird dem EWSA die Möglichkeit geben, die Herausforderungen und Chancen dieses besonderen Jahres zu bewerten.

Der Ausschuss ist bestrebt, seine Rolle als **legitimer Vertreter** der organisierten Zivilgesellschaft wahrzunehmen und zu bekräftigen. Daher wird er allen Formen des Verlusts an **Zusammenhalt, Solidarität** und **Vertrauen** und jedwedem Vorrücken des Populismus, der in allen Mitgliedstaaten ans Licht kommt, Aufmerksamkeit schenken und diesen durch seine Aktivitäten **bekämpfen**. Dabei legt er den Schwerpunkt auf das Interesse der Union für die Bürgerinnen und Bürger, wobei er sich auch auf die Tatsache stützen wird, dass 2018 das Europäische Jahr des **Kulturerbes** sein wird. Dies kann dazu beitragen, ein gemeinsames europäisches Erbe zu verdeutlichen.

Der Ausschuss wird die **aktuellen europäischen Entwicklungen** – wie z. B. die Verhandlungen über den Brexit oder die kommenden **Europawahlen** – sowie die **Agenda** der Organe aufmerksam verfolgen. Er wird vor allem der Überwachung des **Arbeitsprogramms der Kommission** und seiner an diese gerichteten Empfehlungen für 2018 Sorge tragen und die Vorbereitung des Programms für 2019 verfolgen.

Die wirtschaftliche Erholung in Europa macht Fortschritte, aber das Wachstum ist noch nicht ausreichend stark und sehr unausgewogen. Die Europäische Union sollte Mittel und Wege finden, ein langfristig nachhaltiges Wachstum zugunsten aller zu fördern.

Der EWSA wird sich für die Förderung des **wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Fortschritts**, die Förderung der Beschäftigung und die **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen** einsetzen sowie die **Herausforderungen der Globalisierung** angehen, auch

im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit der EU-Handelspolitik und der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDG). Die Europäische Union muss ihren **Zusammenhalt** stärken, eine **nachhaltige Entwicklung** gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dies ist besonders relevant im Rahmen des **digitalen Wandels** und um dessen Auswirkungen vor allem bezüglich der **Zukunft der Arbeit** vorwegzunehmen. Sie muss solidarisch sein, ihre Bürgerinnen und Bürger schützen, die demokratischen Werte fördern und den Schutz der **Grundrechte** gewährleisten.

Der Ausschuss wird denjenigen Aktivitäten Priorität einräumen, die auf seiner grundlegenden, im Vertrag verankerten Rolle basieren, d.h. der Erarbeitung von an die europäischen Organe gerichteten **Stellungnahmen** (um die sie ihn meistens ersucht haben). Er wird ebenfalls auf die Öffentlichkeitswirkung seiner Stellungnahmen und anderen Arbeiten achten.

Zu diesem Zweck sollen angemessene Ressourcen für eine wirksame **Kommunikation**, die insbesondere an die Bürger und ihre Organisationen gerichtet ist, bereitgestellt werden. Der EWSA ist bestrebt, seine Beziehungen zu allen **EU-Institutionen** auszubauen und Synergien zu erzielen. Vor allem wird er bemüht sein, seine Beziehungen zum Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen zu bewerten, um sie dann stärken.

Der Ausschuss wird seine Prioritäten auf die acht nachfolgend aufgeführten Themenbereiche ausrichten (wobei die Reihenfolge nicht deren Bedeutung widerspiegelt). Die Vorschläge in Kursivschrift dienen nur als Anhaltspunkte und müssen natürlich Gegenstand der Beschlussfassung der zuständigen Arbeitsorgane des Ausschusses sein.

1. Den gerechten Übergang zu einer digitalen Gesellschaft und Wirtschaft gewährleisten

Der digitale Wandel macht es u. a. erforderlich, eine intelligente, nachhaltige und innovative Industrie- und Dienstleistungspolitik zu fördern und umzusetzen, die Unternehmen und die Arbeitnehmer zu unterstützen, vielfältige, neue, sozial nachhaltige Wirtschaftsmodelle wie kollaborative Wirtschaft oder Kreislaufwirtschaft zu fördern und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der künstlichen Intelligenz zu bewältigen, die sich auf die Beschäftigung, Dienstleistungen, Infrastruktur und die Sozialsysteme auswirken.

Vorschlag: Bürgerdebatte über die Themen „Künstliche Intelligenz und Welt der Arbeit“ und „Wandel 4.0“

2. Ein nachhaltiges Wachstum zugunsten aller fördern

Ein stärkeres und nachhaltiges langfristiges Wachstum ist nötig. Es kann durch die Vollendung des Binnenmarkts und die Wahrung seiner vier Freiheiten bei gleichzeitiger Bekämpfung jeglichen Protektionismus und eines besseren Schutzes der Bürger erreicht werden. Darüber hinaus hängt unser wirtschaftlicher Erfolg davon ab, dass das Unternehmertum ermutigt, Investitionen gefördert, die Innovationsfähigkeit verbessert, gerechte und aktive handels- und haushaltspolitische Strategien entwickelt und die dabei entstehenden Vorteile gerecht umverteilt werden.

3. Den gerechten Übergang zu einer wettbewerbsfähigen Niedrigemissionswirtschaft fördern und nachhaltige Energien und Mobilität stärken

Nachhaltige und erschwingliche Maßnahmen im Bereich Energie und Mobilität, die im Rahmen der Übereinkommen von Paris und der Vereinten Nationen über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung definiert und durchgeführt werden, sind das Herzstück der laufenden wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Die Vollendung der europäischen Energieunion, die zu einer inklusiven Wirtschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen führt, kommt allen europäischen Akteuren und Bürgern zugute. Da der Verkehr eine Grundvoraussetzung für die Gesellschaft und ihre Aktivitäten ist, muss ihm ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Vorschlag: Bürgerdebatte über die „energiepolitischen Herausforderungen“

4. Die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und durchsetzen

Die Anwendung der EU-Grundrechtecharta in allen internen und externen Politikbereichen der Union wird ein fair ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und Grundrechten gewährleisten, um unsere demokratischen Werte besser zu fördern. In diesem Sinne wird Europa als echter Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger verstanden werden. Europa muss sich auch stärker für demokratische Werte, den Zusammenhalt unserer Gesellschaften und eine freie und unabhängige Zivilgesellschaft einsetzen, um den zivilgesellschaftlichen Organisationen dadurch wieder mehr Raum zu geben.

Vorschlag: Bürgerdebatte über die mögliche Schaffung eines zivilgesellschaftlichen Forums der EU für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte

5. Den Wandel der Arbeitswelt in einem verstärkt sozialen Europa meistern

Eine wirksame Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Dimension des europäischen Modells sicherzustellen, ist wichtig, um die soziale Inklusion zu gewährleisten. Dabei ist insbesondere auf die am stärksten gefährdeten und ausgeschlossenen Personen zu achten (Armut, prekäre Verhältnisse, Verlierer beim ökonomischen, ökologischen, industriellen und sozialen Wandel). Auch ist es wichtig, Orientierung für die notwendigen Reformen in den Mitgliedstaaten zu geben und dabei ergebnisorientiert vorzugehen, anstatt Pauschallösungen zu begünstigen. Den Auswirkungen des digitalen Wandels vorzugreifen, Kompetenzen und Produktivität zu stärken, den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften anzugehen und einen neuen Ansatz für Berufswege und lebensbegleitendes Lernen zu entwickeln, ist von grundlegender Bedeutung. Durch Arbeitsmarktreformen und Innovationen müssen neue und angemessene Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist der Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Der soziale Dialog und die Einbeziehung der Arbeitnehmer müssen Vorrang haben, und letztendlich wird das Europäische Sozialmodell erhalten.

Vorschlag: Bürgerdebatte über „Die Zukunft der Arbeit und die neue soziale Agenda“

6. Eine inklusive Migrationspolitik im Rahmen einer ehrgeizigen Außenpolitik fördern

Die Herausforderungen der Flüchtlings- und Migrationskrise angehen, bedeutet die Umsetzung von Asylpolitik und einer Politik für legale Zuwanderung unter vollständiger Wahrung der Menschenrechte im Hinblick auf eine bessere Integration von Flüchtlingen und Migranten. Dabei ist der Schwerpunkt auf spezifische und bedarfsgerechte Unterstützungsmaßnahmen zu legen. Weitere Aspekte sind die Ausrichtung der EU-Außenpolitik auf die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU im Osten und Süden, unter besonderer Berücksichtigung des Westbalkans, in Anbetracht der Bedeutung dieser Region in den Prioritäten der drei künftigen Ratsvorsitze; die Bewältigung der neuen strategischen Herausforderungen und der Folgen der wirtschaftlichen Gewichtsverlagerung Richtung Asien; die Bewältigung der demografischen Herausforderung in Afrika.

Vorschlag: Gewährleistung einer angemessenen Öffentlichkeitswirksamkeit und Follow-up-Maßnahmen zu den Diskussionen des Europäischen Migrationsforums 2018 zum Thema „Hin zu einem inklusiveren Arbeitsmarkt für Migranten“

7. Den sozialen und territorialen Zusammenhalt stärken und die Grundrechte durchsetzen

Zwei Faktoren, die die Kohäsion fördern und alle Formen der Ungleichheit verringern, sind zum einen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen und städtischen Raums, die den Zusammenhalt, die soziale Inklusion und bewährte Verfahren in puncto Infrastruktur, Mobilität und intelligente Organisation räumlicher Einheiten (intelligente Inseln, Städte und Regionen) fördern, und zum anderen die Verknüpfung zwischen einer neuen Agrarpolitik und einer nachhaltigen Lebensmittelpolitik sicherstellen.

8. Die WWU stärken

Die wirtschafts-, haushalts- und finanzpolitische Steuerung der Union muss vertieft und die WWU muss im Sinne eines nachhaltigen und ausgewogenen Europas vollendet werden. Dabei soll die Zahl der Mitgliedstaaten, die dem Eurowährungsgebiet angehört, im Einklang mit ihrer individuellen Bereitschaft zu diesem Schritt vergrößert werden. Wir sollten die notwendigen Instrumente entwickeln, die für die Verwirklichung der gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Ziele erforderlich sind, insbesondere: die Investitionsoffensive für Europa, die Banken- und Kapitalmarktunion, eine Wirtschafts- und Fiskalunion und ein angemessener mehrjähriger Finanzrahmen, eine ehrgeizige Handelspolitik. Der Ausschuss wird mit seinen Arbeiten zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts beitragen und für eine Angleichung nach oben, wirtschaftliche Stabilität und geteilten Wohlstand für alle Europäer sorgen.

Vorschlag: Bürgerdebatte über „Die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft der Union“

Das Präsidium wird gebeten, die dargelegten politischen Prioritäten des EWSA für 2018 anzunehmen.